



EMPOWERED BY DEMOCRACY
Stärken. Bilden. Vernetzen.

bap
BUNDESAUSSCHUSS POLITISCHE BILDUNG

Analyse

Außerschulische politische Bildung mit jungen Geflüchteten: Erfahrungen, Themen, Bedarfe

Christiane Toyka-Seid





Impressum

Herausgeber

Bundesausschuss Politische Bildung (bap) e. V.

Autorin

Christiane Toyka-Seid

Redaktion

Rebecca Arbter, Sebastian Bock, David Brixius, Klaus Gerhards, Ole Jantschek, Hanna Lorenzen, Inga Maubach, Mark Medebach, Barbara Menke, Sabine Weisheit

Layout, Titel und Bildbearbeitung

Claudia Medrow

„*Empowered by Democracy*“

Das Projekt „*Empowered by Democracy*“ lädt junge Menschen mit und ohne Fluchthintergrund ein, sich in Seminaren und Workshops mit Fragen des Zusammenlebens in der Demokratie auseinanderzusetzen. Es fördert den Austausch unter Fachkräften, die Entwicklung einer diversitätsbewussten Praxis und die Etablierung neuer Partnerschaften in der politischen Jugendbildung. Darüber hinaus sollen junge Geflüchtete ermutigt und befähigt werden, Teamer*innen zu werden und selbstgewählte Formate und Projekte der politischen Bildung für andere Jugendliche anzubieten. Projektträger ist der Bundesausschuss Politische Bildung (bap) e. V. Umgesetzt wird „*Empowered by Democracy*“ von folgenden Trägern: Arbeitsgemeinschaft katholisch-sozialer Bildungswerke (AKSB), Arbeitskreis deutscher Bildungsstätten (AdB), Bundesarbeitskreis ARBEIT UND LEBEN (AL), Deutscher Volkshochschul-Verband (DVV), Evangelische Trägergruppe für gesellschaftspolitische Jugendbildung (et) und Verband der Bildungszentren im ländlichen Raum (VBLR). Die Evangelische Trägergruppe für gesellschaftspolitische Jugendbildung hat die Gesamtkoordination des Projekts übernommen. Die umsetzenden Träger sind Mitglieder der GEMINI (Gemeinsame Initiative der Träger Politischer Jugendbildung im Bundesausschuss Politische Bildung). Gefördert wird das Projekt aus Mitteln des Bundesprogramms „Demokratie leben!“ des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) und der Bundeszentrale für politische Bildung (bpb).

V.i.S.d.P.

Barbara Menke

Inhalt

1 Einführung

2 Ziele und Kontext der Analyse

- a) Ziele und Vorgehen
- b) Ausgangslage

3 Politische Bildung zum Themenfeld „Flucht und Migration“ 2015-2017

- a) Zielgruppen und Zugänge zu den Zielgruppen
- b) Themen der Bildungsmaßnahmen
- c) Sprache
- d) Methoden und Formate
- e) Kooperationen

4 Erfahrungen, Herausforderungen, Anregungen

- a) Zielgruppen und Zugänge zu den Zielgruppen
- b) Themenbereiche
- c) Orte der politischen Bildung
- d) Methoden und Formate
- e) Kooperationen

5 Austauschforen und Fortbildungsbedarfe der politischen Bildner*innen

Vorwort

Liebe Leserinnen, liebe Leser,

das Thema „Flucht und Asyl“ hat in Deutschland ein junges Gesicht: Der überwiegende Teil der Asylanträge der vergangenen zwei Jahre wurde von Kindern und Jugendlichen unter 25 Jahren gestellt. Alle Akteure, die mit jungen Menschen arbeiten, haben es mit einer gestiegenen Zahl von Jugendlichen und jungen Erwachsenen zu tun, die aus verschiedenen Ländern nach Deutschland gekommen sind. Ihre Gemeinsamkeit liegt zunächst in der Fluchterfahrung mit den Erlebnissen von Trennung, Gewalt und Entbehrung. Zugleich bringen die jungen Geflüchteten aber auch ihre Hoffnungen, Wünsche und Zukunftsvisionen mit nach Deutschland.

Als hier Lebende haben sie ein Recht auf Teilhabe an der demokratischen Gesellschaft, auch wenn ihre gesellschaftlichen und politischen Mitwirkungsmöglichkeiten zahlreichen Einschränkungen unterliegen. Eine Demokratie, die Migration als Normalität anerkennt, kann ihren Ansprüchen nur gerecht werden, wenn sie auch und gerade den neu Hinzugekommenen Wege der Partizipation ermöglicht. Eine konstruktive Debatte über die Frage, wie wir in diesem Land zusammenleben wollen, muss auch mit der Beteiligung junger Geflüchteter geführt werden. Im gemeinsamen Austausch über diese Frage können gewinnbringende Aushandlungsprozesse über das Verständnis von Demokratie als Gesellschafts- und Lebensform, über die Verbindlichkeit von Normen und Werten und über den Umgang mit Pluralität entstehen.

An dieser Stelle ist die außerschulische politische Jugendbildung herausgefordert, in der Fläche mit passgenauen Angeboten die individuellen Voraussetzungen für die politische Teilhabe junger Geflüchteter zu stärken. Politische Jugendbildung kann gesellschaftspolitisches Strukturwissen vermitteln und Räume für die Auseinandersetzung darüber schaffen, was das Zusammenleben in einer Demokratie ausmacht und wie sich junge Menschen engagieren und einbringen können. Dabei kann sie an umfangreiche, langjährige Erfahrungen im Themenfeld „Flucht und Migration“ anknüpfen. Die bundesweit tätigen Mitgliedsorganisationen der Gemeinsamen Initiative der Träger der Politischen Jugendbildung im bap e.V. (GEMINI) und ihre zahlreichen Bildungseinrichtungen haben in den vergangenen Jahren mit verschiedenen Maßnahmen und Publikationen ein starkes Augenmerk auf diesen Bereich gelegt und ihre Aktivitäten im Projekt „*Empowered by Democracy*“ gebündelt.

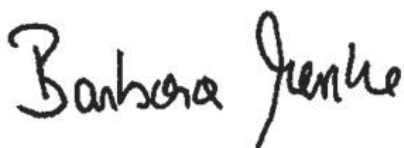
Die vorliegende Analyse trägt die bisher gesammelten Erfahrungen in einer Bestandsaufnahme zusammen und benennt vor diesem Hintergrund zentrale Fragen, Themen und Herausforderungen für die praxisorientierte Weiterentwicklung der außerschulischen politischen Jugendbildung. Wie können Bildungseinrichtungen die Zielgruppe der jungen Geflüchteten erreichen? Welche Formate und Methoden haben sich bewährt? Welche Themen sind für junge Menschen mit Fluchthintergrund von Interesse? Welche Bedarfe haben politische Bildnerinnen und Bildner? Wir gehen fest davon aus, dass die politische Jugendbildung einen wichtigen Beitrag für die Teilhabe von jungen Geflüchteten und damit für das demokratische Zusammenleben in der Migrationsgesellschaft leisten kann.

Barbara Menke

Vorsitzende des Bundesausschusses
Politische Bildung e. V.

Hanna Lorenzen

Bundestutorin der Evangelischen Trägergruppe
für gesellschaftspolitische Jugendbildung



1

Einführung

Die große Zahl von Menschen, die seit dem Sommer 2015 in Deutschland Schutz vor Krieg, Verfolgung und materieller Not in ihrer Heimat suchten, hat die deutsche Gesellschaft und auch die außerschulische politische Bildung und deren Bildungseinrichtungen vor Herausforderungen gestellt. Die politische Bildung hat ihre Verantwortung wahrgenommen und die durch die Neuzuwanderung aufgetretenen Bedarfe an gesellschaftspolitischer Bildung gemeinsam mit einer Vielzahl von Kooperationspartnern bearbeitet. Dabei konnten die Mitgliedsorganisationen der Gemeinsamen Initiative der Träger Politischer Jugendbildung (GEMINI) im Bundesausschuss Politische Bildung auf einen breiten Erfahrungsschatz aus der Bildungsarbeit mit geflüchteten Menschen zurückgreifen.



Barbara Menke, Vorsitzende des Bundesausschusses Politische Bildung (bap) e. V.
Bildnachweis: Jörg Carstensen

Für politische Bildner*innen stand außer Frage, dass die Unterstützung der oft ehrenamtlich geleisteten Arbeit für Geflüchtete zunächst deren elementaren Bedürfnissen zu gelten hat. Dann ging es darum, ihnen auf Augenhöhe zu begegnen und aufzuzeigen, wie das Zusammenleben in einer an Rechtsstaatlichkeit und Menschenwürde ausgerichteten Gesellschaft gestaltet werden kann. Dies verband sich unmittelbar mit dem Auftrag politischer Bildung, einen Beitrag zur Befähigung gesellschaftlicher und politischer Partizipation und Selbstermächtigung zu leisten. Diese Analyse unternimmt den Versuch, Schlüsse aus den Erfahrungen der in der GEMINI zusammengeschlossenen Träger aus den Jahren 2015 bis 2017 zu ziehen und Bedarfe für die Zukunft der politischen Bildungsarbeit mit jungen Geflüchteten zu formulieren.

2

Ziele und Kontext der Analyse

Im Zentrum der Analyse stehen die Aktivitäten der GEMINI-Träger in der Arbeit mit der Zielgruppe der jungen Geflüchteten in den Themenfeldern Flucht und Zusammenleben in der Migrationsgesellschaft. Die GEMINI ist ein Netzwerk aus eigenständigen, unabhängigen und freien Trägern der politischen Jugendbildung. Die beteiligten Träger sind die Arbeitsgemeinschaft katholisch-sozialer Bildungswerke (AKSB), der Arbeitskreis deutscher Bildungsstätten (AdB), der Bundesarbeitskreis ARBEIT UND LEBEN (AL), der Deutsche Volkshochschul-Verband (DVV), die Evangelische Trägergruppe für gesellschaftspolitische Jugendbildung (et) und der Verband der Bildungszentren im ländlichen Raum (VBLR). Gemeinsam setzen diese Träger das Projekt „Empowered by Democracy“ um. Projektträger ist der Bundesausschuss Politische Bildung (bap) e. V. Das Projekt lädt junge Menschen mit und ohne Fluchthintergrund ein, sich in Seminaren und Workshops mit Fragen des Zusammenlebens in der Demokratie auseinanderzusetzen. Es fördert den Austausch unter Fachkräften, die Entwicklung einer diversitätsbewussten Praxis und die Etablierung neuer Partnerschaften der politischen Jugendbildung. Darüber hinaus sollen junge Geflüchtete ermutigt und befähigt werden, Teamer*innen zu werden und selbst gewählte Formate und Projekte der politischen Bildung für andere Jugendliche anzubieten. Die Projektlaufzeit begann im März 2017 und endet im Dezember 2019.

a) Ziele und Vorgehen

Die vorliegende Bestands- und Bedarfsermittlung zielt darauf ab, die Erfahrungen der in der GEMINI zusammengeschlossenen Träger bei der Bildungsarbeit mit jungen Geflüchteten in den letzten zwei Jahren zu benennen. Zudem werden Perspektiven für die zukünftige Bildungsarbeit im Rahmen des Projektes „*Empowered by Democracy*“ und darüber hinaus aufgezeigt. Thematisch wird bearbeitet, welche Inhalte und Methoden für die Zielgruppe entwickelt wurden und wie junge Geflüchtete als Teilnehmende für Formate der politischen Bildung gewonnen wurden. Benannt werden aber auch Schwierigkeiten und Herausforderungen bei der Umsetzung der verfolgten Bildungsziele. Besonders in den Blick genommen werden neue Kooperationsformen und die besondere Bedeutung von Netzwerkarbeit für die politische Bildungsarbeit mit jungen Geflüchteten.

Für die Analyse konnte als Informationsquelle auf eine Reihe von Printmaterialien der GEMINI-Träger zurückgegriffen werden.¹

Grundlegend für die im Folgenden dargestellten Ergebnisse sind neben der Auswertung dieses Materials die Ergebnisse einer Online-Befragung vom August und September 2017. An dieser Umfrage haben sich sechsundvierzig Jugendbildungspraktiker*innen der GEMINI-Träger beteiligt. Darüber hinaus wurden fünfzehn Tiefeninterviews mit Politischen Bildner*innen aus Bildungseinrichtungen der GEMINI-Träger im gesamten Bundesgebiet geführt.² Sie spiegeln die Breite der gewählten Ansätze und Methoden bei der politischen Bildung mit jungen Geflüchteten wie auch die spezifischen Herausforderungen der Bildungsarbeit in heterogenen Gruppen (Gruppen, in denen Jugendliche mit und ohne Fluchthintergrund gemeinsam lernen) wider. Grundlage der Tiefeninterviews war ein strukturierter Fragebogen.³

b) Ausgangslage

Wenngleich die große Zahl der nach Deutschland geflüchteten Menschen und der rasche Ablauf der Ereignisse im Sommer 2015 auch die Träger der politischen Bildung überraschten, so haben die Träger und Bildungspraktiker*innen schnell und professionell auf die Herausforderungen reagiert.

Unübersehbar waren von Anfang an die Besonderheiten, die bei der Bildungsarbeit mit jungen Geflüchteten zu beachten waren. Dazu zählten ihre häufig ungeklärte rechtliche Situation, die Notwendigkeit erhöhter Sensibilität für ihre Biografien, die Erreichbarkeit sowie verlässliche Teilnahmebereitschaft und -möglichkeit. Auch besondere inhaltliche und methodische Anforderungen und nicht zuletzt die Überschneidungen zwischen politischer Bildung und Sozialer Arbeit erforderten neue Herangehensweisen.

¹ Dazu gehören die Jahresberichte des AdB sowie des Programms „Politische Jugendbildung im AdB“ 2015-2016, Einzelausgaben und Sondernummern von „aksb-inform“ 2015-2017, der Jahresbericht 2015 der et, Newsletter und Synopse der Angebote und Projekte von AL, Einzelausgaben der Zeitschrift „Außerschulische Bildung“, Publikationen des AdB zu Peer Education und Interkultureller Öffnung sowie eine Reihe kleinerer Veröffentlichungen, Sachberichte sowie Seminarabläufe von Mitgliedseinrichtungen und methodische Hilfestellungen wie die „ibis toolbox Flüchtlingsarbeit“. Eine weitere Quelle bildeten online verfügbare Materialien und Informationen der GEMINI-Träger.

² Es handelte sich um folgende Einrichtungen: ARBEIT UND LEBEN Bremen, ARBEIT UND LEBEN Sachsen, Bildungswerk der Humanistischen Union NRW, Deutscher Volkshochschul-Verband, Evangelische Akademie Loccum, Evangelische Akademie der Nordkirche, Evangelische Akademie Meißen, Evangelische Heimvolkshochschule Loccum, Evangelische Jungensozialarbeit Bayern, Europäische Jugendbildungs- und Jugendbegegnungsstätte Weimar, Evangelische Landjugendakademie Altenkirchen, KIFAS – Kirchliche Fort- und Ausbildungsstätte, Jugendakademie Walberberg, Jugendbildungsstätte Kaubstraße, Ludwig-Windhorst-Haus.

³ Die thematische Schwerpunktsetzung der Gespräche richtete sich nach den spezifischen Erfahrungen der politischen Bildner*innen. Vereinbart wurde, die Interviews in anonymisierter Form zu verwenden. Die Aussagen wurden protokolliert und anschließend verschriftlicht. Wenn im Folgenden auf sie rekurriert wird, werden sie in paraphrasierter Form wiedergegeben.

In dieser Situation erwies es sich als großer Vorteil, dass die GEMINI-Träger für ihre Bildungsarbeit auf ihre vielfältigen Aktivitäten der vorangegangenen Jahre aufbauen konnten. Die Evangelische Trägergruppe für gesellschaftspolitische Jugendbildung (et) widmete bereits im Januar 2015 ihre Jahreskonferenz dem Thema „Flucht und Migration“. Die Auseinandersetzung mit Kommunikations- und Ausdrucksmöglichkeiten jenseits der deutschen Sprache wurde schnell in die gemeinsamen Arbeitsformen aufgenommen. Die Arbeit mit heterogenen Gruppen begrüßte die Evangelische Trägergruppe ausdrücklich als „große Ressource für gemeinsame Lernprozesse.“⁴

In der Arbeitsgemeinschaft katholisch-sozialer Bildungswerke (AKSB) arbeitete die Fachgruppe I „Das Politische“ schon 2014 zum Thema „Flucht und Asyl“, im Folgejahr stellte die Fachgruppe III „Das Gesellschaftliche“ das Thema „Grenzen – Migration – Integration, Perspektivwechsel, Impulse für die politische Bildung“ ins Zentrum der Arbeit der folgenden zwei Jahre.⁵ Noch im selben Jahr erschien eine Ausgabe der AKSB-Publikation „didado®-Spezial“ unter dem Titel „Flucht und Migration“, die anhand zweier Beispiele aufzeigt, wie interkulturelles und interreligiöses Leben methodisch in die Bildungsarbeit aufgenommen werden kann. 2016 tagte die Fachgruppe III zum Thema „Worauf kommt es bei der politischen Bildung in der Einwanderungsgesellschaft an?“.

Die Landesarbeitsgemeinschaften des Bundesarbeitskreises ARBEIT UND LEBEN konnten auf ihre Erfahrungen aus der Arbeit mit jungen Menschen mit Migrationshintergrund und mit jungen Geflüchteten auch im ländlichen Raum aufbauen. Beim Einsatz von Arbeitsmarktmentor*innen für junge Geflüchtete und in zahlreichen Veranstaltungen der Mitgliedseinrichtungen zu Fragen des Arbeitsmarktes oder der kulturellen Integration ließen sich bestehende Vorerfahrungen zielgruppenorientiert einbringen. Im Arbeitskreis deutscher Bildungsstätten (AdB) wurde die Dringlichkeit des interkulturellen Lernens und der interkulturellen Öffnung durch die Wahl des Jahresthemas 2015 „Globale Migration – Zuwanderung, Flucht und Asyl im Fokus politischer Bildung“ unterstrichen.⁶ „Flucht und Migration – ein Spannungsfeld für die Demokratie“ bildet den Themenschwerpunkt einer der vier Projektgruppen des 2017 fortgesetzten Programms „Politische Jugendbildung“ im AdB.⁷

Die erfolgreiche Beantragung eines Modellprojekts zum Thema „Flucht und Asyl“ bei der Bundeszentrale für politische Bildung (bpb) in 2016 unterstreicht die Qualität der im Vorfeld geleisteten methodischen und inhaltlichen Arbeit. Dem Wunsch nach Information, Austausch und Qualifizierung für die Arbeit mit den neu angekommenen Menschen kam der Verband 2015 unter anderem mit einem Workshop zum Thema „Flucht, Asyl und Migration als Thema der politischen Bildung“ in Kooperation mit PRO ASYL und der Bildungsstätte Anne Frank⁸ sowie 2016 mit drei zweitägigen Fortbildungsveranstaltungen gemeinsam mit dem Informations- und Dokumentationszentrum für Antirassismusbildung (IDA) nach.⁹ Der Fortbildungsbedarf, der in diesem Zusammenhang deutlich wurde, konnte allerdings durch diese Veranstaltungen nicht vollends gedeckt werden.

Erwähnt werden muss auch, dass zentrale Fragen der politischen Bildungsarbeit mit jungen Geflüchteten bereits seit vielen Jahren im Rahmen der politischen Bildungsarbeit der GEMINI-Träger und ihrer Bildungseinrichtungen aufgegriffen werden. Dazu gehören die Themen Partizipation, Integration, Diversität und interkulturelle Bildung oder auch der Umgang mit gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit, aktuellen Erscheinungsformen des Antisemitismus und des Rassismus sowie dem relativ jungen Phänomen von Hate Speech im Netz. Laut Aussagen der befragten Bildungspraktiker*innen wurde daher auch die thematische Einlassung auf die neue Situation kaum als problematisch erfahren: „Wir hatten die Teilnehmenden, wir legten los – das war nicht schlecht!“, wie es eine politische Bildnerin zusammenfasste.

⁴ Jahresbericht Evangelische Trägergruppe 2015, S. 32.

⁵ aksb-inform 1/2015, S. 11.

⁶ Jahresbericht AdB 2015, S. 17ff., ⁷ Jahresbericht AdB 2016, S. 40., ⁸ Jahresbericht AdB 2015, S. 26; 52., ⁹ Jahresbericht AdB 2016, S. 8; 23f.

Politische Bildung zum Themenfeld „Flucht und Migration“ 2015-2017

Im Zeitraum vom Sommer 2015 bis zum Sommer 2017 wurde von den GEMINI-Trägern eine Vielzahl von Maßnahmen zum Thema „Flucht und Migration“ durchgeführt. In der Online-Befragung gaben jeweils deutlich mehr als ein Drittel der befragten Bildungspraktiker*innen an, drei bis fünf oder sogar mehr Veranstaltungen mit jungen Menschen im Kontext des Themenfeldes „Flucht und Migration“ umgesetzt zu haben. Die Mitgliederversammlung des Arbeitskreises deutscher Bildungsstätten (AdB) formulierte am 26. November 2014 in Königswinter: Es muss „eine zentrale Aufgabe der politischen Bildung in einer Einwanderungsgesellschaft sein, Flucht und Migration in Bildungsangeboten zu thematisieren (...) [und] in geeigneten Formaten die Urteilsfähigkeit der Bürgerinnen und Bürger über die Probleme von Flüchtlingen und Migrantinnen und Migranten zu verbessern.“ Darüber hinaus postulierte der AdB, dass „auch Flüchtlinge, unabhängig von ihrem Aufenthaltsstatus, als Teilnehmende für gemeinsame Veranstaltungen gewonnen und an deren Gestaltung beteiligt werden“ sollten.¹⁰ Die Internetseiten der Bildungseinrichtungen der GEMINI-Träger lassen das breite Spektrum der umgesetzten Maßnahmen erkennen, einzelne Veranstaltungen sind auch in den Veröffentlichungen der Träger gut dokumentiert. Eine eigene Seite zu politischen Bildungsangeboten zum Thema „Flucht und Asyl“ betreibt beispielsweise der Niedersächsische Landesverband der Heimvolkshochschulen, ein Mitglied im Verband der Bildungszentren im ländlichen Raum.¹¹ Allgemein ist festzuhalten, dass die Ausgangslage für politische Bildungsmaßnahmen in ländlichen Regionen schwieriger als in großen Städten war und ist. Hier leben deutlich weniger geflüchtete Menschen, dazu kommen infrastrukturelle Probleme, die sowohl einen zeitlichen wie auch einen finanziellen Mehraufwand bei der Durchführung von Bildungsmaßnahmen nach sich ziehen. In den östlichen Bundesländern gibt es häufig weniger Akzeptanz von Geflüchteten.¹² Gleichzeitig leben dort auch weniger Menschen mit Flucht- und Migrationshintergrund, die als Teilnehmende für Angebote der politischen Bildung angesprochen werden können. Für die Bewertung und Einschätzung des Erfolgs und für die Benennung von Herausforderungen und offenen Fragen im Zusammenhang mit den politischen Bildungsmaßnahmen mit jungen Geflüchteten werden im Folgenden insbesondere die Antworten der Online-Befragung und der Interviews herangezogen. Rückmeldungen der Teilnehmenden sind nur gelegentlich vorhanden und können demnach nur vereinzelt einbezogen werden.

a) Zielgruppen und Zugänge zu den Zielgruppen

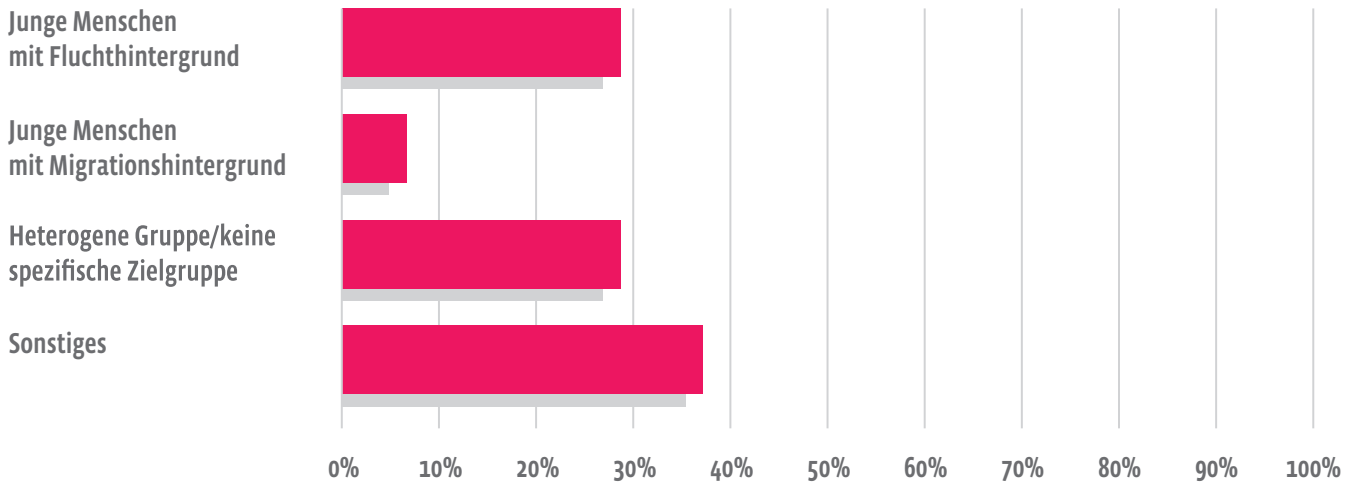
Die Zielgruppen, für die in diesem thematischen Kontext von Flucht, Migration und Zusammenleben in der Migrationsgesellschaft politische Bildungsmaßnahmen geplant und durchgeführt wurden, waren verschieden: Es gab Angebote ausschließlich für junge geflüchtete Menschen und solche für heterogene Gruppen, an denen Geflüchtete und Menschen mit und ohne Migrationshintergrund teilnahmen. Manche Träger arbeiteten ausschließlich mit Teilnehmenden, die sich ehrenamtlich um Geflüchtete kümmerten oder kümmern wollten. Außerdem wurde das Thema in den regulären Seminaren und Veranstaltungen aufgegriffen. In Seminaren mit Schulklassen waren zum Teil nur herkunftsdeutsche Jugendliche, teilweise – je nach Schulart und Klassenzusammensetzung – auch einige junge Geflüchtete, Teilnehmende der Seminargruppen. Es gab Maßnahmen, die für Familien konzipiert waren, andere richteten sich ausschließlich an Frauen oder Männer mit Fluchthintergrund. In manchen politischen Bildungsmaßnahmen wurden Altersgrenzen strikt beachtet, andere waren für ein breites Altersspektrum konzipiert.

¹⁰ Vgl. Außerschulische Bildung 1/2015, S. 68.

¹¹ www.migration-hvhs.de

¹² Vgl. Bertelsmann Stiftung (Hg.): Willkommenskultur im Stresstest. Einstellungen in der Bevölkerung 2017 und Entwicklungen und Trends seit 2011/2012. www.bertelsmann-stiftung.de/de/publikationen/publikation/did/willkommenskultur-im-stresstest/

Bei der Frage nach den Zielgruppen von Veranstaltungen im Kontext „Flucht und Migration“ ergab sich folgendes Bild:



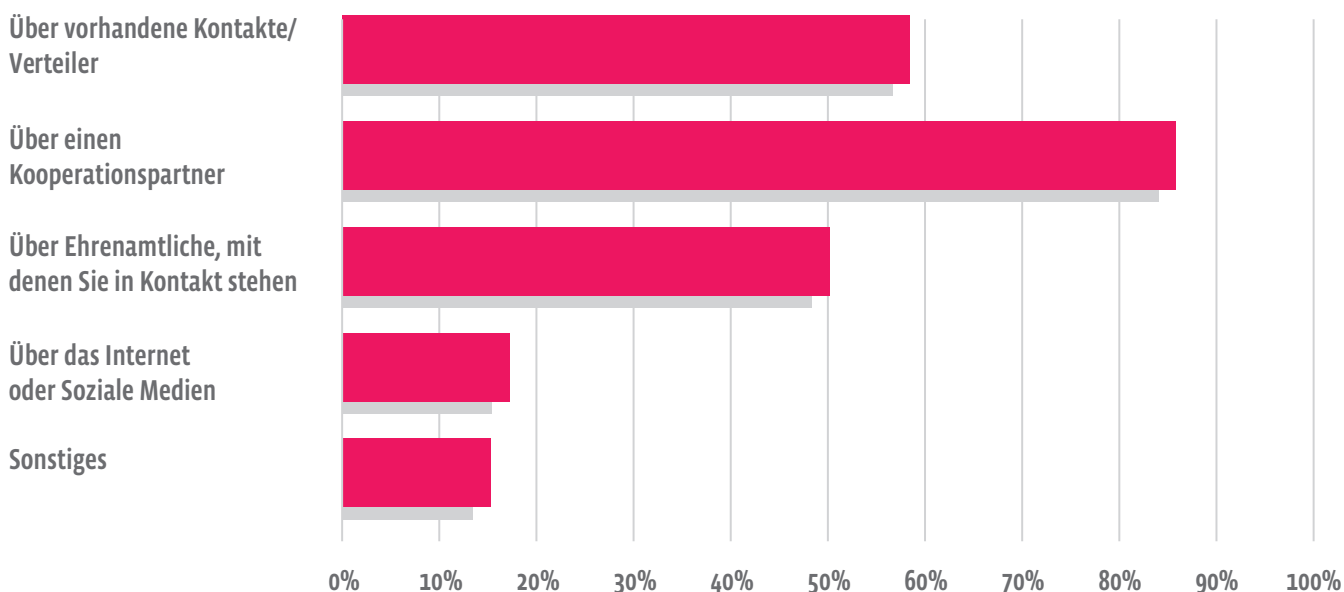
Antwortoptionen	Beantwortungen	Anzahl
Junge Menschen mit Fluchthintergrund	28,57%	10
Junge Menschen mit Migrationshintergrund	5,71%	2
Heterogene Gruppe/keine spezifische Zielgruppe	28,57%	10
Sonstiges	37,14%	13
Gesamt		35

Ob die Bildungsmaßnahmen sich ausschließlich an junge Geflüchtete richteten, für heterogene Gruppen konzipiert wurden oder aber Multiplikator*innen im Blick hatten, hatte einerseits mit der Ausrichtung der jeweiligen Träger zu tun. Andererseits ergaben sich spezifische Schwerpunktsetzungen durch regionale Unterschiede bei der Anzahl der adressierbaren geflüchteten Menschen. Das Interesse von Ehrenamtlichen an Unterstützung durch Bildungsmaßnahmen war in den betreffenden zwei Jahren durchgängig vorhanden.

Eine zentrale Erfahrung der Bildungseinrichtungen bei der Arbeit mit jungen Geflüchteten war, dass die bislang genutzten Zugänge für die Gewinnung von Teilnehmenden nicht immer ausreichten. Kontakte zu geflüchteten Menschen direkt herzustellen, erwies sich als schwierig, wenn diese nicht gerade – wie im Fall des Ludwig-Windhorst-Hauses – unmittelbar in einer Unterkunft auf dem Gelände der Einrichtung wohnten. Für die Gewinnung junger Geflüchteter als Teilnehmende war die Zusammenarbeit mit Kooperationspartnern wie etwa Einrichtungen der Flüchtlingshilfe bedeutsam, um Zugänge zur Zielgruppe herzustellen. Geflüchtete Menschen kamen in der Regel nur dann zu Veranstaltungen, wenn sie über Vertrauenspersonen gewonnen werden konnten. Kontakte ergaben sich auch über ehrenamtliche Organisationen, regionale Integrationsbeauftragte und nicht zuletzt über kommunale Ämter und andere öffentliche Einrichtungen, die über einen unmittelbaren Zugang zu geflüchteten Menschen verfügen.

Diese Erfahrung wurde auch in der Online-Befragung deutlich: Mit Abstand die wichtigsten Vermittlungsinstanzen waren Kooperationspartner aus den unterschiedlichen Tätigkeitsbereichen der Arbeit mit Geflüchteten, auch Kontakte über Ehrenamtliche spielten eine große Rolle.

Wie haben Sie die teilnehmenden jungen Menschen mit Fluchthintergrund für Ihre Veranstaltungen gewonnen?



Antwortoptionen (Mehrfachnennungen möglich):

Über vorhandene Kontakte/ Verteiler	58,82%
Über Kooperationspartner	85,29%
Über Ehrenamtliche, mit denen Sie in Kontakt stehen	50,00%
Über das Internet oder Soziale Medien	17,65%
Sonstiges	14,71%

Der quantitative Höhepunkt der politischen Bildungsmaßnahmen mit jungen Geflüchteten liegt zweifellos im Jahr 2016. Allein die Landesorganisationen des Bundesarbeitskreises ARBEIT UND LEBEN führten in diesem Jahr über zweihundert Veranstaltungen und mehr als zwanzig Projekte im Themenfeld durch. In der ersten Jahreshälfte 2017 erfolgte ein deutlicher Rückgang. Möglicherweise sind die Gründe dafür unter anderem in der Verlangsamung des Flüchtlingszuzugs zu suchen. Aus Sicht der befragten politischen Bildner*innen beeinflusste darüber hinaus vor allem die Klärung von Aufenthaltsstatus und Bleibeperspektiven ihre Arbeit in den betreffenden zwei Jahren. Dies hatte auch Folgen für die Verlässlichkeit der Teilnahme an den Bildungsmaßnahmen. So zeigten sich nach den Aussagen einiger Bildungspraktiker*innen junge Geflüchtete mit Bleibeperspektive eher an Seminaren zur Integration interessiert als diejenigen, die von Abschiebung bedroht waren. Einige Einrichtungen favorisieren laut einiger Aussagen der politischen Bildner*innen daher auch die Arbeit mit bleibeberechtigten Teilnehmenden, da dies eine Zusammenarbeit über einen längeren Zeitraum hinweg erleichtert.

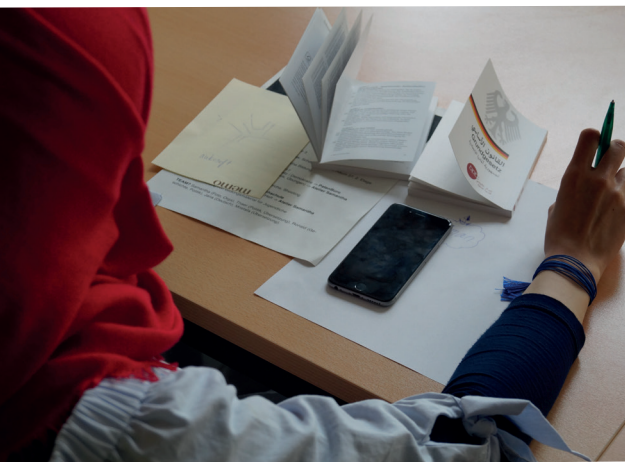
b) Themen der Bildungsmaßnahmen

Teilnehmendenorientierung, also die Berücksichtigung der Bedürfnisse, Interessen und Erfahrungen der Teilnehmenden, ist ein Leitprinzip guter politischer Bildungsarbeit. Im ersten Jahr der intensiven Befassung mit jungen Geflüchteten war es aber oft schwierig zu eruieren, wo – neben dem Erlernen der deutschen Sprache – die inhaltlichen Anliegen der geflüchteten Menschen lagen. Oftmals kamen die jungen Geflüchteten nicht wegen des Themas einer Veranstaltung, sondern weil Freunde oder Ehrenamtliche, denen sie vertrauten, sie auf die Veranstaltungen aufmerksam gemacht hatten. Solche Angebote versprachen Abwechslung im oft schwer erträglichen Wartestand. So entwickelte sich das Zueinanderfinden von Teilnehmenden und Veranstaltungsanbietern oftmals weniger über das Interesse an konkreten Inhalten, sondern die Inhalte erschlossen sich prozessorientiert im Laufe einer Veranstaltung bei Begegnungen und Gesprächen, beim Aufnehmen von Impulsen oder auch bei handwerklichem oder kreativem Tun.

Beratungsangebote zu Fragen des Asyl- und Aufenthaltsrechts, zum Umgang mit dem Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) stießen bei den Teilnehmenden auf großes Interesse. Bleibeberechtigte Geflüchtete zeigten Beratungsbedarf im Hinblick auf die Integration in den Arbeitsmarkt. Hier wurde zum Beispiel von ARBEIT UND LEBEN Sachsen ein spezielles Beratungs- und Mentoring-System³³ entwickelt. Es wendet sich nicht nur an junge arbeitssuchende Geflüchtete, sondern will auch deren Eltern ansprechen.

Darüber hinaus präsentierte sich das Themenspektrum der Bildungsmaßnahmen mit jungen Geflüchteten vielfältig und bunt. Seminare und Vorträge zum politischen System der Bundesrepublik, zu Aspekten des gesellschaftlichen Zusammenlebens in Deutschland oder zu Fragen der europäischen Einigung standen neben Sommerakademien zu Rollenbildern und Familienkonzepten, Museumsbesuchen oder auch dem Besuch von Ämtern und öffentlichen Einrichtungen.

Angebote zur Unterstützung bei der Bewältigung von Aufenthaltsfragen, der Alltagsorientierung sowie praktische Hilfe beim Zurechtkommen in einem fremden Land nach einer entbehrungsreichen Flucht waren vor allem in den ersten Monaten nach dem Anstieg der Flüchtlingszahlen gefragt. Doch schon bald ging es auch für die politischen Bildner*innen um die Frage, welche Rolle der politischen Bildung darüber hinaus bei der Integration der Geflüchteten in ein neues Land zukommt.

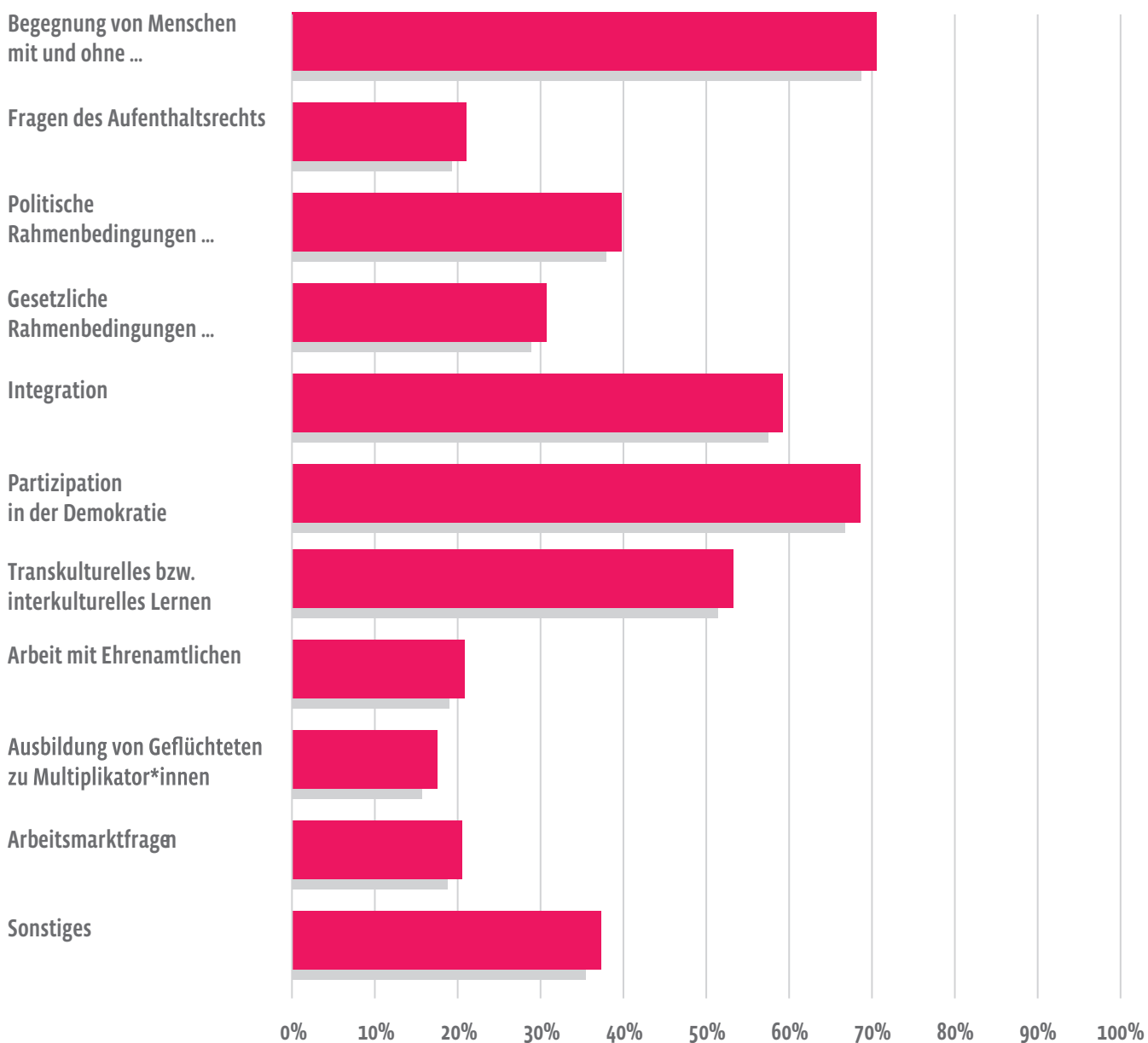


Teilnehmerin der Bildungsmaßnahme „Wie wollen wir zusammenleben? Ein historisch-politischer Austausch“ von ARBEIT UND LEBEN Thüringen
Bildnachweis: ARBEIT UND LEBEN Thüringen

³³ www.arbeitundleben.eu/modellprojekte-arbeitsmarktmentoren-fuer-gefluechtete-in-dresden-und-in-leipzig

Aus der Online-Befragung lässt sich gut erkennen, welche Themen im Kontext „Flucht und Migration“ bei der Bildungsarbeit mit jungen Geflüchteten im Vordergrund standen und besonders nachgefragt wurden:

Welche Inhalte standen bei den Veranstaltungen im Vordergrund? (Mehrfachnennungen möglich)



Antwortoptionen	Beantwortungen	
Begegnung von Menschen mit und ohne Fluchthintergrund	71,88%	23
Fragen des Aufenthalts	21,88%	7
Politische Rahmenbedingungen des Lebens in Deutschland	40,63%	13
Gesetzliche Rahmenbedingungen des Lebens in Deutschland	31,25%	10
Integration	59,38%	19
Partizipation in der Demokratie	68,75%	22
Transkulturelles bzw. interkulturelles Lernen	53,13%	17
Arbeit mit Ehrenamtlichen	21,88%	7
Ausbildung von Geflüchteten zu Multiplikator*innen	15,63%	5
Arbeitsmarktfragen	21,88%	7
Sonstiges	37,50%	12
Befragte gesamt: 32		

Thematisch war es für viele der befragten Bildungspraktiker*innen das Wichtigste, die jungen Geflüchteten dabei zu unterstützen, Vertrauen in ihre neue Umgebung zu gewinnen. Drei von vier Befragten der Online-Befragung bezeichneten die Begegnung von Menschen mit und ohne Fluchthintergrund als wesentliches Ziel der Bildungsmaßnahmen. Auch in den von den Teilnehmenden der Maßnahmen geäußerten Themenwünschen nahmen der Austausch über die Lebensrealitäten im Aufnahmeland, Aspekte der praktischen Lebens- und Alltagsbewältigung oder der kulturelle Austausch breiten Raum ein. Zudem wurden den jungen Geflüchteten Angebote in unterschiedlichen Formaten gemacht, die politischen Strukturen in Deutschland kennenzulernen, aber auch – wie in mehreren Interviews betont wurde – zu lernen, mit gesellschaftlichen Konflikten und Wertefragen umzugehen. In diesen Maßnahmen ergaben sich die Themen im direkten Miteinander: Werte, Fragen der Geschlechterverhältnisse, Umgang mit Kindern, Partizipation, Umgang mit Diversität etc. Besondere Bedeutung wurde auch der historisch-politischen Bildung zugewiesen.

c) Sprache

Mit Blick auf die Angebote der Bildungseinrichtungen galt vonseiten der Geflüchteten ein klar erkennbares Interesse dem Erwerb von Sprachkompetenz – besonders in der Zeit des starken Zuzugs von Geflüchteten. Mit dem schnell wachsenden Angebot von Sprachintegrationskursen nahm dieses Interesse im Zusammenhang mit politischen Bildungsmaßnahmen spürbar ab. Spracherwerb als Nebeneffekt wurde von vielen Teilnehmenden aber dennoch weiterhin geschätzt. Manchmal bildeten sich im Rahmen der Maßnahmen Tandems zwischen Herkunftsdeutschen und geflüchteten Menschen, die zunächst auf den Spracherwerb fokussiert waren, aus denen sich dann aber weitere Begegnungen ergaben.

Gerade in der Anfangsphase der Bildungsarbeit mit jungen Geflüchteten stellten deren oft mangelnden Deutschkenntnisse eine Herausforderung bei der Durchführung von politischen Bildungsmaßnahmen dar. Die Bildungseinrichtungen gingen damit unterschiedlich um. Manche setzten Dolmetscher*innen oder Sprachmittler*innen aus der Teilnehmendengruppe ein, manche sprachen Englisch miteinander oder vertrauten auf die Kommunikation mit Zeichensprache. In der Online-Befragung wurden kultur- und erlebnispädagogische Methoden erwähnt, um weitgehend nonverbal kommunizieren zu können, auch Sprachanimation, Visualisierung oder Graphic Recording dienten als Kommunikationshilfen. Alle Befragten waren sich einig, dass Sprachprobleme an Bedeutung verlieren werden.

d) Methoden und Formate

Methodisch waren die Veranstaltungen in der Regel niedrigschwellig konzipiert. Viele der Veranstaltungen knüpften direkt und gezielt an die Lebenswelt der jungen Teilnehmenden an. Gemeinsam eine gute Zeit zu verbringen, sich bei Musik, gemeinsamem Kochen und Tanzen näher zu kommen und besser zu verstehen, war ein vielfach genutzter Ansatz bei Begegnungsveranstaltungen.

Kreatives Arbeiten, Theater- und Filmprojekte, Medienpraxis-Veranstaltungen oder Musicals – produktorientierte Ansätze waren nach einhelliger Meinung der befragten Bildungspraktiker*innen wichtig, um einerseits den Teilnehmenden Freude zu bereiten, andererseits aber auch nonverbales Arbeiten und Selbstwirksamkeitserfahrungen zu ermöglichen. Dazu kam der nicht zu vernachlässigende Aufmerksamkeitsfaktor, den die Öffentlichkeit bieten kann, wenn zum Beispiel eine Ausstellung beworben, ein Theaterstück bejubelt oder in den sozialen Medien geliked wird. Viele konnten in künstlerischem Tun auch Dinge nonverbal zum Ausdruck bringen, über die sie oftmals nicht mit anderen sprechen wollten oder konnten.

Bewährte handlungsorientierte Methoden der Jugendarbeit und interkulturelle Offenheit gegenüber den persönlichen Erfahrungen und Geschichten der jungen Geflüchteten waren für die befragten politischen Bildner*innen wichtige Voraussetzungen für das Gelingen der Bildungsmaßnahmen. Auch der Einsatz von jungen Geflüchteten als Expert*innen für ihre Heimatländer erwies sich als ein effektives Instrument zur Förderung der Selbstwirksamkeit der Teilnehmenden. Karten- und Ratespiele, Storytelling und biografisches Arbeiten wurden in der Online-Befragung als methodische Zugänge ebenso aufgezählt wie ethnografische Methoden aus der Stadtforschung (Kartierung, Graphic Reading und Graphic Recording).

Ein oft genanntes Phänomen war schließlich die Dauerpräsenz des Handys im Seminar. Dies traf auf Jugendliche mit und ohne Fluchthintergrund zu. Dieses verbindende Element war für die politischen Bildner*innen vielfach Anlass, sich mit medienpädagogischen Fragestellungen zu befassen.

Einige konkrete Beispiele aus der Bildungsarbeit mit jungen Geflüchteten, die die Vielfalt der Inhalte und Formate allerdings nicht annähernd widerspiegeln können:

- Politisch-kulturelle Angebote der Bildungsarbeit mit Theater- und Filmprojekten, Flashmobs, Kreatives Spraysen, Taggen, Street-Art, unter anderem mit dem Ziel, ein eigenes Produkt präsentieren zu können.
- Schulungen von jungen Geflüchteten im Umgang mit Ressourcen, Mülltrennung und Energiesparen, mit dem Ziel, dass sie dann in ihren Unterkünften für diese Bereiche Verantwortung übernehmen können.
- Besuche bei städtischen Einrichtungen, zum Beispiel im Rathaus, bei der Polizei, bei der Ausländerbehörde, beim Standesamt, im Museum.
- Erkundung von Ehrenämtern bei Feuerwehr, Naturschutzorganisationen als Anregung für eigenes ehrenamtliches Engagement, das gesellschaftliche Partizipation bewirkt und ermöglicht.
- Frauen- und Familienseminare zum Thema „Kindererziehung“ und „Rollenvorstellungen“.
- Seminare für Männer mit Fluchthintergrund zum Thema „Migration und Männlichkeit“.
- Ein eigens entwickeltes Kartenspiel zu den wichtigsten Artikeln des Grundgesetzes, das Mitspieler*innen ermutigt, sich mit den Grundlagen des Zusammenlebens in Deutschland auseinanderzusetzen.
- Angebote zur Ausbildung als Trainer*innen in den Themenfeldern Politische Bildung, Migration und Inklusion.

e) Kooperationen

Kooperationen sind für die meisten der befragten Bildungspraktiker*innen im Rahmen ihrer Bildungsarbeit der Normalfall. Ein Drittel der befragten Praktiker*innen arbeitete im Themenschwerpunkt „Flucht und Migration“ mit zwei bis drei Kooperationspartnern zusammen, mehr als die Hälfte sogar mit mehr als drei Partnerorganisationen. Allerdings gab es in der Arbeit mit jungen Geflüchteten vielfach andere und neue Kooperationspartner. Vor allem die enge Zusammenarbeit mit Einrichtungen der Sozialen Arbeit, etwa aus der Kinder- und Jugendhilfe, war nicht überall erprobt. Diese Zusammenarbeit wurde jedoch in vielen Rückmeldungen als unverzichtbar angesehen. Umso wichtiger war es daher, Vertrauen zu den Mitarbeitenden dieser Kooperationspartner aufzubauen, insbesondere da, wo es zuvor kaum etablierte Arbeitsbeziehungen gab.

Die Grafik aus der Online-Befragung zeigt das weite Spektrum der Kooperationspartner im Themenschwerpunkt „Flucht und Migration“



Antwortoptionen	Beantwortungen	
Schulen	56,25%	18
Träger der Kinder- und Jugendhilfe	50,00%	16
Erstaufnahmeeinrichtungen/Sammelunterkünfte	34,38%	11
Ausländerbehörden	9,38%	3
Kommunale staatliche Einrichtungen (Landratsämter, Integrationsbeauftragte etc.)	32,25%	10
Volkshochschulen	16,75%	6
Anbieter von Sprach- und Integrationskursen	26,13%	9
Sportvereine, Feuerwehren	15,63%	5
Ehrenamtliche Initiativen	56,25%	18
Einrichtungen für Flüchtlingshilfe	21,88%	7
Migrantenselbstorganisationen	53,13	17
Wohlfahrtsverbände	26,13%	9
Kirchen	26,13%	9
Moscheevereine/- verbände	15,63%	5
Politische Parteien	6,25%	2
Partner im Bundesprogramm „Demokratie leben!“ (z.B. lokale Partnerschaften für Demokratie oder andere Modellprojekte)	15,63%	5
Wirtschaftsunternehmen	15,63%	5
Sonstiges	26,13%	9
Befragte gesamt: 32		

Erfahrungen, Herausforderungen, Anregungen

Sowohl in der Online-Befragung als auch in den persönlichen Interviews wurde explizit auch nach Schwierigkeiten und Entwicklungsfeldern bei der Bildungsarbeit mit jungen Geflüchteten gefragt. Ebenso sollten positive Erfahrungen und Methoden benannt werden, die besonders zielführend und erfolgreich waren. Besonders hervorgehoben wurden die folgenden Aspekte:

a) Zielgruppen und Zugänge zu den Zielgruppen Junge Geflüchtete

Junge Geflüchtete sind selbstredend keine einheitliche Zielgruppe. Gleichwohl ist es wichtig, sich im Vorhinein über die verschiedenen Aspekte der Heterogenität im Klaren zu sein. Eine entscheidende Rolle spielte der Aufenthaltsstatus geflüchteter Menschen: Er bestimmt in erster Linie die Bleibeperspektive und hat somit häufig Einfluss auf Motivation, Verlässlichkeit und Engagement der Teilnehmenden.

Wichtig ist auch, sich über das unterschiedliche Bildungsniveau geflüchteter Menschen im Klaren zu sein. Akademisch gebildete Menschen können anders angesprochen oder eingebunden werden als Menschen, die über eine geringe oder über gar keine Schulbildung verfügen und noch nie außerschulische Bildungsveranstaltungen besucht haben.

Sehr unterschiedlich können soziale und kulturelle Prägungen, Einstellungen und Haltungen geflüchteter Menschen aus den verschiedenen Herkunftsländern sein. Einige der befragten Bildungspraktiker*innen berichteten, dass die direkte Erfahrung von Rassismus, Antisemitismus oder Sexismus sowie offen praktizierte Diskriminierung durch Geflüchtete zu Störungen in den Seminargruppen geführt hatten. Angeraten wurde deswegen auch als politische Bildner*innen eine realistische Auseinandersetzung mit diskriminierenden Verhaltensweisen zu praktizieren sowie einen verstärkten interprofessionellen Austausch zu diesem Themenkomplex zu schaffen.

Unterschiedlich waren die Erfahrungen bei der Einbindung geflüchteter Frauen als Teilnehmende der Maßnahmen. Bei den meisten Bildungsmaßnahmen waren geflüchtete Männer in der Überzahl. In manchen Fällen hatten sich gar keine Frauen gemeldet, manchmal blieben sie nach kurzer Teilnahmezeit der Veranstaltung wieder fern, ohne dass die Gründe dafür bekannt wurden. Es gab auch Veranstaltungen, die sich explizit an geflüchtete Frauen wendeten, wie das „Erzählcafé“ in Bremen, das ARBEIT UND LEBEN Bremen zusammen mit einem Mütterzentrum durchführte. Die geflüchteten Frauen, die dorthin kamen, wohnten schon eine Zeit lang in der Stadt. Insgesamt war bei derartigen Formaten die Kinderbetreuung ein wichtiger Aspekt, für den gesorgt werden musste.

Heterogene Gruppen

Rund ein Viertel der durchgeführten Veranstaltungen richtete sich laut der Ergebnisse der Online-Befragung ausschließlich an junge Geflüchtete. Ziel vieler Bildungspraktiker*innen war es jedoch, heterogene Gruppen zu haben, in denen sowohl geflüchtete Menschen als auch Herkunftsdeutsche gemeinsam arbeiten. Dies wurde von einigen Bildungspraktiker*innen als schwierig beschrieben. Vor allem Deutsche ohne Migrationshintergrund waren für Bildungsmaßnahmen mit geflüchteten Menschen oft nur schwer zu gewinnen. Junge Geflüchtete hingegen wünschten sich den Kontakt zu gleichaltrigen Deutschen. Die Bildungspraktiker*innen sprachen dann herkunftsdeutsche Jugendliche gezielt an, die sie schon länger, in der Regel aus anderen Bildungsmaßnahmen, kannten. Eine interessante, wenn auch vermutlich nicht zu verallgemeinernde Einschätzung in diesem Kontext war auch, dass Jugendliche ohne Migrationshintergrund eher über politische Themen als über die Neugier, junge Geflüchtete kennenzulernen, zu gewinnen waren.

Insgesamt bewegte einige Träger die Frage, wie die Bildungspraxis neue Teilnehmendenkreise aus der Gruppe der Deutschen ohne Migrationshintergrund erschließen können, die sich bislang noch nicht mit der Thematik „Flucht und Migration“ befasst haben. Auch schwer erreichbare und sogenannte bildungsferne herkunftsdeutsche Jugendliche wollten einige Bildungspraktiker*innen gerne verstärkt als Teilnehmende dieser Bildungsmaßnahmen gewinnen. Mit der Frage, wie eine solche Teilnehmenden-Akquise erfolgversprechend ablaufen kann, beschäftigten sich vor allem Einrichtungen der politischen Bildung im Osten Deutschlands.

Der Wunsch nach Erweiterung des Teilnehmenden-Kreises erstreckte sich – wie die befragten Bildungspraktiker*innen auch immer wieder in Gesprächen betonten – auch auf Menschen mit Migrationshintergrund, die schon länger in Deutschland wohnen.

Insgesamt wurde in diesem Kontext immer wieder die Befürchtung laut, dass der starke Fokus auf die Flüchtlingsfrage möglicherweise einen Bedeutungsverlust für andere Zielgruppen wie bildungsferne Menschen, länger hier lebende Menschen mit Migrationshintergrund oder auch behinderte Menschen nach sich ziehen könnte.

Geflüchtete Menschen als Multiplikator*innen

Geflüchtete Menschen zu befähigen, im Kontext politischer Bildungsarbeit selbst aktiv zu werden und Multiplikator*in zu werden, ist ein Ziel, das von einzelnen Einrichtungen verfolgt und nach eigener Einschätzung auch zum Teil erreicht wurde. Rund 15 Prozent der Veranstaltungen im Kontext „Flucht und Migration“ dienten diesem Ziel.

Einige Bildungspraktiker*innen sahen sich zu solchen Multiplikator*innen-Schulungen nicht in der Lage und bezweifelten teilweise, dass dieser Ansatz bei den begrenzten personellen und zeitlichen Ressourcen der politischen Bildung zielführend sei. Es gehe doch vielmehr darum, so eine befragte Bildungspraktikerin, die Schulung von Multiplikator*innen ohne Migrationshintergrund voranzutreiben, da „Sozialarbeit nicht originäre Aufgabe der Einrichtungen der politischen Bildung“ sei. Hier besteht sicherlich noch weiterer Klärungsbedarf in der Profession der politischen Bildner*innen. Sie etikettierte die Ausbildung von Geflüchteten zu Multiplikator*innen der politischen Bildung offenbar kurzerhand als Sozialarbeit. Hier besteht sicherlich noch weiterer Klärungsbedarf in der Profession der politischen Bildner*innen. Das Aufzeigen von „Good Practice“-Beispielen oder eine Evaluation der in diesem Bereich durchgeführte Maßnahmen könnten hierzu weitere Anregungen bringen.

Menschen ohne Bleibeperspektive

Gelegentlich wurde in den Interviews der Sinn von Bildungsmaßnahmen für geflüchtete Menschen ohne Bleibeperspektive hinterfragt, zumal diese Zielgruppe selbst häufig nur geringes Interesse an solchen Angeboten zeigte. Andere Bildungspraktiker*innen betonten, dass es für die politische Bildung ein besonderes Anliegen sein sollte, auch Geflüchteten ohne Bleibeperspektive Demokratie- und Partizipationserfahrungen für die Zeit nach der Rückkehr in ihr Herkunftsland zu vermitteln. Wie genau und mit welchen Inhalten das erfolgen solle und wie junge Geflüchtete zur Teilnahme an solchen Seminaren motiviert werden können, müsse jedoch diskutiert werden. Dass politische Bildung denjenigen nicht vorenthalten werden dürfte, die in Länder zurückkehren müssen, in denen nicht zuletzt Demokratiedefizite zur Flucht beigetragen haben, wurde von den Befragten wiederholt betont.

Ehrenamtliche

Multiplikator*innen und Ehrenamtliche waren von Beginn an wichtige Zielgruppen der politischen Bildung im Themenfeld „Flucht und Migration“. Hier stellten Bildungspraktiker*innen fest, dass diese Gruppe nicht selten anfällig für Enttäuschungen war, wenn ihr Engagement für geflüchtete Menschen nicht die gewünschten Ergebnisse erzielte. Methoden und Angebote zur Förderung des Engagements für geflüchtete Menschen werden aus diesem Grund in der Arbeit mit Multiplikator*innen an Bedeutung gewinnen müssen.

Vielfach wurde bei den Gesprächen mit politischen Bildner*innen aus eher ländlichen Bereichen darauf hingewiesen, dass die herkunftsdeutsche lokale Bevölkerung noch sehr viel stärker als bislang als Zielgruppe für die politische Bildung in den Themenfeldern „Flucht und Migration“ in den Fokus genommen werden müsse. Vor allem seien Veranstaltungen zum Thema trans- und interkulturelles Lernen erforderlich, um Begegnungen mit geflüchteten Menschen erfolgreich zu gestalten.

b) Themenbereiche

Manche Themenbereiche wurden von den Befragten mit unterschiedlichem Nachdruck als herausfordernd benannt.

Wichtig war allen befragten Bildungspraktiker*innen, dass Themenbereiche wie der Umgang mit Sexismus, Homophobie und Gleichberechtigung der Geschlechter in Bildungsmaßnahmen mit jungen Geflüchteten mit besonderer Achtsamkeit in den Blick genommen werden. Hier stießen oftmals stark gegensätzliche Haltungen aufeinander - unter den Teilnehmenden oder zwischen den Teilnehmenden und den Bildungspraktiker*innen. Gelegentlich zeigten sich die befragten Bildungspraktiker*innen von der Vehemenz der evozierten Gefühle bei den jungen Geflüchteten fast überfordert. Einig waren sich alle, dass diese Themenbereiche aufgegriffen und dabei angemessen vorbereitet werden müssen. Zwei von drei Befragten der Online-Befragung nannten geschlechtersensible Bildungsarbeit für junge Menschen mit Fluchthintergrund als ein wichtiges Thema für Fortbildungsmaßnahmen.

Wichtig war den befragten Bildungspraktiker*innen auch der Umgang mit Rassismus, Antisemitismus und einer zum Teil heftigen Israel-Feindschaft. Letztere wurde in manchen Bildungsmaßnahmen intensiv bearbeitet, von anderen aber als „kaum relevant“ bezeichnet. Unterschiedliche Bedeutung maßen die Befragten dem Thema „Religion in der politischen Bildung“ zu, vor allem der Auseinandersetzung mit dem Islam. Die Einschätzungen reichten hier von „sehr relevant“ und „äußert wichtig“ bis zu „war bei uns nie Thema“ oder „nur Ersatzthema, weil es eigentlich um Selbstwirksamkeit und Selbstfindung geht“.

Betont wurde durchweg die Notwendigkeit von Angeboten der interkulturellen Bildung, insbesondere bei der Schulung von Multiplikator*innen. In der Online-Befragung nannten zwei Drittel der Befragten interkulturelles Lernen als wichtigstes Thema bei Veranstaltungen mit professionellen Multiplikator*innen. Das sei in Ämtern, Betrieben, Schulen und größeren Einrichtungen, die mit Integrationsaufgaben im engeren und weiteren Sinne beauftragt sind, von entscheidender Bedeutung. Wenn die hier tätigen Menschen interkulturelle Zusammenhänge verstehen lernen, wird es auch leichter – so der Ansatz – einen echten Beitrag zur Integration und Inklusion leisten zu können.

Angesichts der fortschreitenden Integration der geflüchteten Menschen in die Arbeitswelt des Aufnahmelandes sind Berufsorientierung und Arbeitsmarkt, aber auch die Funktionsweise der sozialen Marktwirtschaft wichtige Themen der politischen Bildungsarbeit insbesondere mit jungen Geflüchteten. Verschiedene Kooperationsprojekte zwischen Einrichtungen und der lokalen Wirtschaft sind bereits angelaufen (zum Beispiel „Berufswahl SIEGEL MV“ oder das Projekt „LoB in Aktion“ der Landesarbeitsgemeinschaft Mecklenburg-Vorpommern von ARBEIT UND LEBEN). Es besteht allerdings noch ein großer Bedarf an neuen Kooperationen, um mit jungen Geflüchteten Arbeitsmarktfragen, die für diese Zielgruppe zunehmend prioritär werden, in eigenen Bildungsmaßnahmen bearbeiten zu können.

c) Orte der politischen Bildung

Ein wichtiges Thema in vielen Gesprächen und auch in der Online-Befragung war das Ort-Raum-Setting. Es wurde berichtet, dass viele geflüchtete Menschen es schätzten, bei einer Seminarveranstaltung einen Raum zum persönlichen Rückzug zur Verfügung gestellt zu bekommen. Nur eine der befragten Einrichtungen führte eine Veranstaltung mit Geflüchteten vor Ort in einer Flüchtlingsunterkunft durch. Fünfzig Prozent der Veranstaltungen fanden in der eigenen Einrichtung statt. Manche der befragten Bildungspraktiker*innen machten mit Terminen im Freien besonders gute Erfahrungen, beispielsweise beim „Kinder Open Air“ im NABU-Zentrum „Stadtwald“ in Wittenberg oder bei Zusammenkünften am Lagerfeuer. Diese Maßnahmen hatten zwar, wie betont wurde, keinen direkten Mehrwert für den gesellschaftspolitischen Lernprozess, regten aber für die jungen Geflüchteten wichtige gruppendynamische Prozesse an und erleichterten zudem die Einbindung junger Herkunftsdeutscher. Andere berichteten von der großen Begeisterung der jungen Geflüchteten, „besondere“ Orte zu besuchen. Dazu gehörten Ämter wie Rathaus und Standesamt oder auch ein Medienzentrum, Museen, Theater oder auch Synagogen. Mit solchen Besuchen konnten positive Erlebnisse mit politischen Institutionen, Ämtern und Behörden verbunden werden – keine Selbstverständlichkeit für viele Geflüchtete, die aus politisch instabilen Ländern kommen und dort oftmals negative Erfahrungen mit staatlichen Organen und Einrichtungen machen mussten.

d) Methoden und Formate

Zwei Drittel der befragten Bildungspraktiker*innen äußerten in der Online-Befragung, dass die Arbeit mit jungen Geflüchteten spezielle methodische Ansätze erfordere. Wodurch diese sich im Einzelnen von herkömmlichen Vorgehensweisen in der Bildungsarbeit mit jungen Menschen unterscheiden, war aus den Äußerungen der Bildungspraktiker*innen nicht eindeutig zu entnehmen. Sicherlich stellen die Hindernisse bei der verbalen Kommunikation durch geringe Deutschkenntnisse oder die vielfältigen spezifischen kulturellen und sozialen Prägungen der Teilnehmenden besondere Herausforderungen dar. Die große Bedeutung, die künstlerischen, natur- und erlebnispädagogischen sowie musikalischen und non-verbalen Methoden bei der Bildungsarbeit für junge Geflüchtete zukam, gibt einen Hinweis darauf, in welche Richtung sich die methodische Diskussion bewegen könnte. Offensichtlich ist der Wunsch bei den politischen Bildner*innen vorhanden, von guten Methoden und Formaten für die Bildungsarbeit mit jungen Geflüchteten zu erfahren und diese im professionellen Austausch zu diskutieren und zu erproben. Eine Befragte konstatierte das aktuelle Dilemma: „Wichtig wäre es, unsere Erfahrungen mit Methoden und Themen zu fixieren – aber für die Beschreibung von guten Methoden fehlt die Zeit.“

Vorgeschlagen wurde aus dem Kreis der Befragten, ein System der Zertifizierung zu entwickeln und auszubauen, das über die reine Teilnahmebescheinigung für die geflüchteten Menschen hinausgeht. Vor allem für Geflüchtete mit Schutzstatus sind Nachweise über Qualifizierungen für die Integration in den Arbeitsmarkt von enormer Bedeutung.

e) Kooperationen

Im Kontext des Themas „Flucht und Migration“ haben die Einrichtungen der politischen Bildung verstärkt mit Kooperationspartnern zusammengearbeitet, die in diesem Bereich über eigene oft langjährige Erfahrung und über guten Kontakt zur Zielgruppe verfügen. Deutlich gesehen wurde aber auch die Notwendigkeit, Kooperationen mit Partnern zu erproben oder zu vertiefen, die bisher nicht im Fokus potenzieller Kooperationspartnerschaften standen.

Intensiviert werden müssten – nach fast durchgängiger Ansicht – die Kontakte zu staatlichen und städtischen Stellen (kommunale Einrichtungen, Landratsämter, Ausländerbeauftragte, KITAS, Jobcenter, BAMF etc.). Nicht nur verfügten diese Organe über Kontakte zur Zielgruppe der jungen Geflüchteten, sondern die Ämter können im Umkehrschluss durch die Kooperation mit Einrichtungen der politischen Bildung auch ihrerseits aufschlussreiche Einblicke in die Situation von Geflüchteten bekommen und selbst von den politischen Bildungsangeboten profitieren. Ausbaufähig seien, so die Anregung von befragten Bildungspraktiker*innen, auch Kooperationen mit Parteien und Wirtschaftsunternehmen. Hier wäre, beispielsweise über die im Feld der beruflichen Qualifizierung junger Geflüchteter aktiven Industrie- und Handelskammern, sicherlich noch Kooperationspotenzial vorhanden.

Vernetzungschancen sollten nach Einschätzung einiger politischer Bildner*innen auch noch in anderen Bereichen gesucht werden. Genannt wurde die Polizei, mit der von manchen Einrichtungen zum Teil schon erfolgreich zusammengearbeitet wurde. Hier wurde ein Mehrwert unter anderem darin gesehen, dass nicht nur die Rolle der Polizei in einem Rechtsstaat vermittelt, sondern auch Vertrauen in die demokratischen Strukturen insgesamt geschaffen werden kann.

Wichtig seien, gerade in ländlichen Gegenden, auch Kontakte zu sogenannten Traditionsvereinen und -einrichtungen. Freiwillige Feuerwehren, Partner aus dem Sport und andere lokale Vereinigungen könnten Partner sein, die auch ihrerseits im Hinblick auf interkulturelles Lernen und interkulturelle Öffnung von einer solchen Kooperation profitieren dürften. Hier wird auf beiden Seiten noch Überzeugungsarbeit zu leisten sein.

Eine Großzahl der befragten Bildungspraktiker*innen wünschte sich die Intensivierung der Zusammenarbeit mit Organisationen der Migrantenselbsthilfe. Dabei soll nicht verschwiegen werden, dass bisherige Erfahrungen mit Migrantenselbsthilfeorganisationen und auch mit Moscheevereinen nicht immer problemlos verlaufen sind, wie manche der Befragten betonten. Hier wäre es hilfreich, zeitnah in einen professionellen Austausch darüber zu treten, wie gelingende Kooperationen in diesem Bereich gestaltet werden können.

Gut funktionierte in der Regel die Zusammenarbeit mit Schulen und Sprachlernklassen. Hier konnte vielerorts auf anderweitig etablierte Arbeitsbeziehungen aufgebaut werden. In den Gesprächen wurde auch die Überlegung geäußert, ältere Jugendliche als Peergroup zur schnelleren Integration der jungen Geflüchteten einzusetzen. Allerdings wurde auch kritisch angemerkt, dass das Prinzip des Peer-Learning im Blick auf die Arbeit mit Geflüchteten noch nicht hinreichend methodisch durchdacht sei. Einigen politischen Bildner*innen war es ein Anliegen, Kontakte zu Jugendclubs und anderen Einrichtungen der Jugendarbeit in der Zukunft zu intensivieren.

Grundsätzlich war allen, die mit geflüchteten Menschen politische Bildung betreiben, klar, dass sie auf die Zusammenarbeit mit Sozialpädagog*innen angewiesen sind. Über sie können die Teilnehmenden erreicht werden, sie genießen in der Regel das Vertrauen der Zielgruppe und sind in längerfristige Integrations- und Lernprozesse eingebunden. In vielen Einrichtungen ist diese Zusammenarbeit erprobt. Wiederholt wurde deutlich, dass es hier bei den politischen Bildner*innen zugleich um die Überwindung von Berührungängsten geht.

5

Austauschforen und Fortbildungsbedarfe der politischen Bildner*innen

Sowohl in der Online-Befragung als auch bei den Interviews wurde deutlich, dass es einen großen Bedarf an und Wunsch nach Fort- und Weiterbildungsangeboten bei den politischen Bildner*innen gibt. Hinsichtlich der thematischen Schwerpunktsetzungen ergibt sich folgendes Bild:

Antwortoptionen	Beantwortungen	
Zielgruppenspezifische Methoden der politischen Bildung mit jungen Menschen mit Fluchthintergrund	43,33%	13
Umgang mit den besonderen Herausforderungen und Problemen bei der politischen Bildungsarbeit mit jungen Menschen mit Fluchthintergrund (Sprachbarrieren, Aufenthaltsstatus etc.)	50,00%	15
Reflexion über die eigene Haltung und das Selbstverständnis als politischer Bildner*in	40,00%	12
Öffnung von Strukturen der politischen Bildung für junge Menschen mit Fluchthintergrund: Wie geht das?	46,67%	14
Austausch über Ausbildungsformate zum/zur politischen Bildner*in für junge Menschen mit Fluchthintergrund	36,67%	11
Historisch-politische Bildung mit jungen Menschen mit Fluchthintergrund	43,33%	13
Umgang mit Ideologien der Ungleichwertigkeit (Antisemitismus, Homophobie etc.) in Seminaren mit jungen Menschen mit Fluchthintergrund	73,33%	22
Geschlechtersensible Bildungsarbeit mit jungen Menschen mit Fluchthintergrund	66,67%	20
Storytelling und Bildsprache beim Thema Flucht und Asyl	33,33%	10
Sonstiges	13,33%	4
Befragte gesamt: 30		

Deutlich wurde in der Umfrage noch einmal der bereits erwähnte Bedarf an inhaltlicher Auseinandersetzung mit den Themen „geschlechtersensible Bildungsarbeit“ und „Umgang mit Ideologien der Ungleichwertigkeit“, die jeweils von mindestens zwei Dritteln der Befragten genannt wurden. Auch der Wunsch nach sehr konkreten Informationen zum angemessenen Umgang mit Traumata, die in Bildungsmaßnahmen aufbrechen können, wurde von der Hälfte der befragten Bildungspraktiker*innen betont.

In den Gesprächen waren sich die Befragten auch dahingehend einig, dass der professionelle Erfahrungsaustausch verbessert und verstetigt werden müsse. Auch die Online-Befragung unterstreicht diesen Wunsch nach verstärktem Austausch untereinander eindeutig. Dazu wurden einige konkrete Vorschläge geäußert:

- Es sollte mehr Angebote zu Didaktik und Methodik mit neuen Zielgruppen geben.
- Einige Befragte wünschten sich Anregungen darüber, wie im Alltagsgeschäft die Motivation von Ehrenamtlichen gelingen kann, wie engagierte Freiwillige „bei der Stange gehalten“ werden können.
- Wichtig war es einer Reihe von Bildungspraktiker*innen, den kritischen politischen Diskurs untereinander zu intensivieren. Dabei sollten auch politische Auseinandersetzungen wieder offener und auch kontroverser geführt werden. Manchmal neige die Profession der politischen Bildner*innen dazu, einen professionseigenen Mainstream zu entwickeln, der als Subtext in den Diskussionen mitlaufe und diese maßgeblich bestimme.

Im professionellen Austausch die eigene Haltung zu reflektieren – dies wurde in den Gesprächen immer wieder als Notwendigkeit bezeichnet, um auch weiterhin eine qualitativ hochwertige Bildungsarbeit gewährleisten zu können. Konkret heißt das: Wie geht die Bildungspraxis damit um, dass nicht nur die Gesellschaft, sondern zum Teil auch politische Bildner*innen selbst migrationskritischer geworden sind? Wie führt die Profession wertschätzend kontroverse Diskussionen in Themenbereichen, in denen sich in der Wahrnehmung einiger Bildungspraktiker*innen eine Meinungsführerschaft etabliert hat? Wie ist der richtige Umgang mit rassistischen Einstellungen und Frauenverachtung, die in Bildungsmaßnahmen geäußert werden? „Ehrenamtliche können sich zurückziehen, wenn sie frustriert sind, die politische Bildung kann es nicht. Sie muss irgendwie einen Weg finden!“, so drückte es eine Befragte sehr entschieden aus. Wie gelingt die Reflexion der eigenen Vorurteile oder der Enttäuschungen, die die Motivation beeinträchtigen können. Was die Kommunikationskulturen angeht, so ist viel theoretisches Wissen sowie Vermittlungskompetenz vorhanden, um die Teilnehmenden zu erreichen. Aber wie sieht es mit den Bedarfen der politischen Bildner*innen selbst aus? Hier gab es den Wunsch nach Unterstützung – auch durch die Vorgesetzten und die Träger, weil Fortbildungen in der Regel mit finanziellem Aufwand und Freistellungen verbunden sind.



Podiumsdiskussion zur Frage: „Welchen Beitrag kann politische Jugendbildung für die Teilhabe junger Geflüchteter leisten?“, v.l.n.r.: Sandra Kleideiter, Asem Alsajjare, Andreas Tölke, Hanna Lorenzen, Prof. Dr. Sabine Achour Bildnachweis: Jörg Carstensen

Das Projekt „*Empowered by Democracy*“ zielt darauf ab, junge Geflüchtete in ihrer Selbstwirksamkeit und Autonomie zu stärken und sie darin zu unterstützen, ihre Fähigkeiten zu einer selbstbestimmten Lebensführung zu nutzen. In den Rückmeldungen der befragten Bildungspraktiker*innen wird deutlich, welche große Bedeutung diesem Thema in den Bildungsveranstaltungen explizit wie auch im Subtext zukommt. Dass das Erreichen dieses Ziels eine ambitionierte Aufgabe ist, die keine schnellen messbaren Erfolge zeitigen kann, steht außer Frage.

Bei der Bearbeitung der vielen Materialien und der umfangreichen Rückmeldungen der Bildungspraktiker*innen für diese Analyse ist deutlich geworden, dass die Leitprinzipien der politischen Bildung auch in der Arbeit mit geflüchteten Menschen grundlegend gleich bleiben. Partizipation als Voraussetzung des demokratischen Miteinanders kann dann erfahren werden, wenn Menschen tatsächlich zu einer aktiven Wahrnehmung ihrer Teilhabechancen in der Lage sind. Hierzu kann das Projekt „*Empowered by Democracy*“ einen wichtigen Beitrag leisten.

Projektträger:

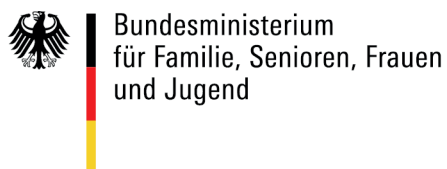


Projektumsetzung:



Förderer:

Gefördert vom



im Rahmen des Bundesprogramms

Demokratie **leben!**





EMPOWERED BY DEMOCRACY

Stärken. Bilden. Vernetzen.

Kontakt:

Mark Medebach
Evangelische Trägergruppe für
gesellschaftspolitische Jugendbildung
Auguststraße 80
10117 Berlin

Tel. 030-28395428
Fax 030-28395470
Email: medebach@empowered-by-democracy.de

www.empowered-by-democracy.de